



29. November 2021



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Lage ist sehr ernst: Dass die vierte Corona-Welle auch hier in Nordrhein-Westfalen zu stark steigenden Zahlen führen würde, war erwartbar. Wochenlang hat die Landesregierung nichts unternommen, sondern auf bundeseinheitliche Corona-Regelungen gewartet. Jetzt sind sie zwar da – aber NRW weicht wieder von ihnen ab und ermöglicht beispielsweise eine Ausnahmeregelung für Friseurbesuche - dort gilt die 3G- und nicht wie auf Bundesebene angedachte 2G-Regel.

Dabei braucht es jetzt eine mutige Landesregierung, die etwas gegen diese Pandemie unternimmt: Mit der Wiedereinführung der Maskenpflicht im Unterricht zum Schutz der Kinder und Jugendlichen, mit Impfangeboten „an jeder Straßenecke“ und mit dem erneuten Einsatz des Corona-Expertenrats. Denn die Pandemie wird uns noch leider länger begleiten. Es ist an der Zeit zu handeln statt abzuwarten.

Auch wenn Corona zurzeit vieles in den Hintergrund treten lässt, haben wir in der letzten Plenarwoche natürlich weitere wichtige Themen diskutiert: Das Verkehrsunternehmen Abellio – der zweitgrößte Bahnanbieter mit 15 Linien in NRW – wird voraussichtlich zum 1. Februar 2022 den Betrieb einstellen müssen. Damit drohen massive Ausfälle im Regionalbahnverkehr - auch bei uns im Ruhrgebiet! In einer Aktuellen Stunde wollten wir am vergangenen Freitag von der Landesregierung wissen, wie sie ein verlässliches Mobilitätsangebot ab Februar 2022 sicherstellen möchte. Zehntausende Pendlerinnen und Pendler müssen sich auf einen reibungslosen Übergang zu einem anderen Anbieter verlassen können.

Außerdem stellen wir in dieser Woche unsere Konzepte für einen Sozialen Neustart in der Bildungs- und Familienpolitik vor. Dazu finden in den kommenden Wochen, neben einigen Aktionstagen, auch zwei digitale Veranstaltungen statt, an denen Sie teilnehmen können. Mehr dazu erfahren Sie auf der Themenseite „Familien.Bilden.Zukunft.“.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!

*Heike Gebhard*

*S. Watermeier*

## Aus dem Landtag

### Themenseite „Familien. Bilden. Zukunft.“



Foto: SPD-Landtagsfraktion

## Situation und Entwicklung von Familien in Nordrhein-Westfalen

Familien sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Gerade deshalb ist es wichtig ihre Lebenssituationen stetig zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es regelmäßiger Bewertungen der aktuellen Lage und Entwicklung von Familien in Nordrhein-Westfalen: Wie ist es also um sie bestellt? Gibt es eine positive Entwicklung ihrer Lebenssituation? Dies und mehr wollten wir von der Landesregierung wissen. Nun liegt die Antwort auf unsere Große Anfrage vor und zeigt deutlich: Familien in NRW benötigen ein festes Fundament – mit mehr Zeit, mehr Geld und einer guten Infrastruktur.

**Große Anfrage der SPD-Fraktion:  
Familien in NRW**

## Zeit, Geld und Infrastruktur – ein solides Fundament für Familien

Politik muss die Voraussetzungen schaffen, damit Familien sich vor allem auf eins konzentrieren können: Familie zu sein. Dafür braucht es eine bedarfsgerechte und gebührenlose Betreuung, aber auch eine Stärkung der Familienhilfe. Familienbüros, die als zentrale Anlaufstelle Unterstützung „aus einer Hand“ anbieten können, nur einer von vielen Vorschlägen unsererseits.

**Antrag der SPD-Fraktion:  
Befähigung, Vereinbarkeit und Förderung sichtbar machen**

## Digitale Veranstaltungshinweise

1. Dezember 2021 um 18:30

**Bildungskatastrophe abwenden:  
»Personaloffensive – JETZT!«**

Der Personalmangel ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen an den Schulen in NRW. Während der Lehrkräftebedarf durch die steigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern wächst, fehlen vor allem an Grund- und Förderschulen sowie in der Sekundarstufe I schon jetzt zu viele Lehrkräfte, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Zur Diskussion laden wir Sie herzlich ein.

**Anmeldung**

2. Dezember 2021 um 16:30

**Eine Ganztagsoffensive für NRW:  
»Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung.«**

Ab August 2026 erhalten Familien einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule. Um diesem Rechtsanspruch gerecht zu werden, bedarf es in Nordrhein-Westfalen zwischen 150.000 und 200.000 zusätzlicher OGS-Plätze – nicht zu vergessen die dafür benötigten Räumlichkeiten und entsprechendes Personal. Wie kann das gelingen?

Darüber möchten wir in unserem digitalen Fachgespräch diskutieren.

**Anmeldung**

## Pflegekammer NRW: SPD-Fraktion fordert Moratorium und Urabstimmung aller Pflegekräfte



Foto: www.pixabay.com

Die von der Landesregierung durchgeführte repräsentative Befragung zur Pflegekammer hat gezeigt: Die Hälfte aller Befragten hörten bei der Befragung zum ersten Mal davon bzw. kannten nur den Begriff „Pflegekammer“ aber nicht seine Inhalte. Inzwischen hat der Errichtungsausschuss der Pflegekammer alle Pflegekräfte angeschrieben. Dies hat dazu geführt, dass Tausende ihrer Registrierung widersprochen haben und rund 12.000 Pflegekräfte eine Petition für eine Urabstimmung unterzeichnet haben - das sind 6 mal mehr als befragt wurden.

Die SPD-Landtagsfraktion sieht sich daher in ihrer seit fünf Jahren vertretenen Position bestärkt: Erstens braucht es eine breite Aufklärungskampagne unter den Pflegekräften. Zweitens: Die Einführung einer Pflegekammer in NRW darf nur erfolgen, wenn sich in einer Urabstimmung die Mehrheit ausdrücklich dafür ausgesprochen hat.

Auch im Vorfeld der Plenardebatte haben die Abgeordneten des Landtags Dutzende Zuschriften von Pflegekräften erreicht, die dazu aufriefen, unserem Antrag für ein Moratorium bei der Einrichtung der Pflegekammer zuzustimmen und eine Urabstimmung unter den Pflegekräften zu ermöglichen.

Wer der Pflege eine Stimme geben will, muss sie auch anhören! Mit der Zustimmung zum Antrag der SPD-Fraktion hätte der Landtag der Regierung einen entsprechenden Auftrag gegeben. Leider wurde dies durch eine breite Mehrheit im Landtag von CDU, FDP und auch Grünen verhindert.

**Antrag SPD-Fraktion:**  
**Moratorium muss jetzt**  
**kommen - für eine**  
**Urabstimmung**

## Für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe der älteren Generation

Menschen werden immer älter, was dazu führt, dass der Pflegebedarf steigt. Rheinland-Pfalz hat das Modell der „GemeindegewesterPlus“ erprobt: Erfahrene Pflegefachkräfte sind in allen Kommunen zentral ansprechbar, beraten und vermitteln Kontakte. So können ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt zu Hause leben und bleiben sozial aktiv.

In unserem Antrag haben wir gefordert, dieses Modell auch für die Menschen in NRW zu erproben.

**Antrag SPD-Fraktion:**  
**Prävention und soziale**  
**Teilhabe von Seniorinnen und**  
**Senioren stärken!**



Foto: www.pixabay.com

## Europäischer Bürgerdialog im Landtag NRW - ein Rückblick

Am Samstag, den 6. November, kamen rund 50 Bürgerinnen und Bürger im Landtag von NRW zusammen, um über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. Sebastian Watermeier nahm gleich an zwei der drei Diskussionsrunden teil: zum einen ging es thematisch um die zukünftige Rolle der EU in der Welt, aber auch um ihre Potenziale für Bürgerinnen und Bürger wieder näher spür- und wahrnehmbar zu sein.

Es zeigte sich schnell: Über die EU muss mehr gesprochen werden. Mit den eingerichteten Zukunftskonferenzen der Europäischen Union wurde ein guter Ansatz geschaffen, um in den Dialog mit den Menschen zu treten. Jetzt bedarf es interessierter Bürger/-innen, um die Europäische Union weiterzudenken und die Konferenzen mit Leben zu füllen.



Foto: Landtag NRW

## Heike Gebhard fordert Klarheit in einer kleinen Anfrage: Widersprüchliche Aussagen der Landesregierung zu Impfungen durch Zahnärzte und Apothekerinnen



Foto: Heike Gebhard

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am vergangenen Mittwoch erklärte Gesundheitsminister Laumann, dass es ein zu langwieriger Weg wäre, die notwendige Rechtsgrundlage auf der Bundesebene zu schaffen, um Zahnärztinnen und -ärzten und Apothekerinnen und Apothekern die Durchführung von Corona-Impfungen zu ermöglichen. Deshalb würde der Weg zur Zeit nicht verfolgt. Nur zwei Tage später forderte der Ministerpräsident in einem Interview kreative Lösungen und nannte speziell die vorher von seinem Minister abgelehnte Maßnahme als Baustein zur Beschleunigung bei den anstehenden Drittimpfungen.

„Eine solche 180 Grad Wende innerhalb von zwei Tagen in der Landesregierung ist nicht hilfreich. Sie verunsichert nicht nur Menschen, die auf einen Termin für die Drittimpfung warten und nach einer Anlaufstelle suchen, sondern auch die impfberechtigten Ärzte, Apothekerinnen und Apothekern und Zahnärztinnen und -ärzte“, so Heike Gebhard, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Landtags NRW.

Im Verlauf der letzten Woche teilte der Gesundheitsminister Laumann dem Landesparlament mit, dass er es begrüßen würde, wenn Zahnärztinnen und -ärzte erlaubt würde ebenfalls Impfungen gegen Covid-19 durchzuführen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am letzten Donnerstag aber nur „die Bundesregierung gebeten zu prüfen, inwieweit der Kreis der zur Durchführung von Impfungen Berechtigten ausgeweitet werden kann.“

Deshalb hat sich Heike Gebhard in einer „Kleinen Anfrage“ an die Landesregierung gewandt, um Klarheit zu bekommen, wann mit einer Umsetzung gerechnet werden kann.

„Alle Beteiligten müssen doch wissen, ob bzw. wann frühestens weitere Berufsgruppen zur Durchführung von Impfungen berechtigt sind. Absichtserklärungen, deren Umsetzung in den Sternen steht, können nicht Grundlage einer klaren Impfstrategie sein.“

## Plenarrede: Einzelplan 02 „Europa und Internationales“ zum Landeshaushalts 2022

Am vergangenen Mittwoch konnte Sebastian Watermeier, in seiner Funktion als Sprecher für Europa und Internationales, im Plenum die Haltung der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 02 „Europa und Internationales“ vortragen.

In seiner Rede führte er aus, dass es der Landesregierung im Bereich „Europa und Internationales“ an Gestaltungskraft und Ideen fehle. Aus Sicht der SPD werden die falsche Signale gesetzt, und notwendige Impulse nicht gesetzt. Die Folge: Ablehnung seitens der SPD-Fraktion.

Die komplette Rede gibt es [hier auf der Facebookseite](#).



Foto: Sebastian Watermeier

## Aus dem Wahlkreis

### 85,9 Prozent in Gelsenkirchen gegen Krankenhausschließungen – Gebhard & Watermeier: „Gut erreichbare Versorgung sicherstellen!“

Die Gelsenkirchener Abgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier setzen sich seit Jahren für ein flächendeckendes Angebot an Krankenhäusern ein. Der drohende Kahlschlag in der Kliniklandschaft müsse verhindert werden. Eine repräsentative Umfrage der SPD-Fraktion im Landtag NRW zeigt: Die Menschen in Gelsenkirchen bekräftigen diese Position.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Gelsenkirchen wünscht sich eine ortsnahe Krankenhausversorgung. 85,9 Prozent lehnen Schließungen von einzelnen Krankenhäusern ab. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey hervor, die die SPD-Fraktion im Landtag NRW in Auftrag gegeben hat.

„Doch die gute und sichere Versorgung, die sich die Menschen zurecht wünschen ist gefährdet“, so die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier, „Mit dem neuen Krankenhausplan der schwarz-gelben Landesregierung drohen vielerorts Klinik-Schließungen.“

Ein Hauptproblem sieht Heike Gebhard, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Landtags NRW, in der Grundlage der Krankenhausplanung: „Der Krankenhausplan der Landesregierung berücksichtigt überhaupt nicht den tatsächlichen Bedarf in den verschiedenen Regionen. So sind in Ruhrgebietsstädten beispielsweise im Zusammenhang mit jahrzehntelanger körperlicher Arbeit deutlich höhere Fallzahlen, unter anderem bei orthopädischen Behandlungen zu erwarten. Solche Faktoren werden völlig vernachlässigt. Damit besteht die Gefahr, dass nicht nur in der Fläche des Landes, sondern auch in Ballungsgebieten die Versorgung schlechter wird.“

„Wir lehnen einen solchen Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft ab“, so Sebastian Watermeier, „Die Corona-Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, dass ein leeres Krankenhaus-Bett kein Skandal, sondern eine wichtige Sicherheit ist.“

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier unterstützen daher den landesweiten Aktionsplan der SPD-Fraktion, der auch in Gelsenkirchen die Gesundheitsversorgung stärken soll. „Wir wollen, dass für Jede und Jeden eine wohnortnahe und gut erreichbare Grundversorgung sichergestellt ist.“ Dafür müssten ambulante und stationäre Versorgung miteinander verzahnt sein.

Zudem will die SPD-Fraktion für Entlastung beim Krankenhaus-Personal sorgen. „Viele Pflegerinnen und Pfleger sind schon ohne die Folgen der Pandemie überlastet und unterbezahlt“, sagt Heike Gebhard. Die Arbeitsbedingungen müssten attraktiver werden – mit besseren Löhnen und einer Personalbemessung, die dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entspricht. „Davon profitieren am Ende auch die Patientinnen und Patienten“, so Sebastian Watermeier abschließend.

---

### Jugend-Landtagsabgeordnete aus Gelsenkirchen blicken zurück

Die diesjährigen Jugend-Landtagsteilnehmenden Salma Hamann und Rasmus Chaikowski schilderten gegenüber der Gelsenkirchener Presse ihre Erfahrungen und Eindrücke, die sie im Rahmen des Austauschprogramms sammeln konnten. Für beide waren die drei Tage als Abgeordnete spannend und abwechslungsreich.

Rasmus Chaikowski durfte für die SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde zum geplanten Versammlungsgesetz sprechen. Chaikowski, so sagt er selbst, war schon durchaus aufgeregt bevor er ans Pult ging. Danach, so erzählte er der Presse, verging das Lampenfieber aber ziemlich schnell. Auch wenn Salma Hamann nicht vor dem Rednerpult stand, konnte sie ihre Eindrücke in die Anträge miteinfließen lassen. Nachdem der Jugend-Landtag die Anträge verabschiedet hat, werden sich jetzt die „richtigen“ MdL damit befassen. In diesem Jahr ging es vor allem um den Antrag „Rechtsextremismus in der Polizei“ sowie „Digitalisierung in den Schulen“. Letzterer wurde abgelehnt, da er aus Sicht der SPD-Jugend-Landtagsabgeordneten zu wenige konkrete Forderungen und Schritte enthielt.

Die Abgabe des Jugend-Landtagsmandats bedeutet für keinen der beiden ein Ende des politischen Alltags. Sowohl Chaikowski, als auch Hamann, engagieren sich in der sozialdemokratischen Jugendorganisation, bei den Jusos.



Foto: Büro Watermeier



Foto: Büro Watermeier

## 125 Jahre Bürgerschützenverein Erle-Middelich: Heike Gebhard überreicht Jubiläumsmedaille des Landes NRW

Das Schützenwesen insgesamt hat in ganz NRW eine lange Tradition und eine hohe Bedeutung. Darum hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 2014 beschlossen, das Schützenwesen in das Inventar für das immaterielle Kulturerbe von NRW nach den Regeln des entsprechenden UNESCO-Übereinkommens aufzunehmen. 2015 konnte der Beschluss umgesetzt werden.

Zuvor hatte NRW bereits entschieden, eine Ehrenplakette für das Schützenwesen zu etablieren. Sie wird erstmalig zum 100 jährigen Jubiläum verliehen und danach alle 25 Jahre.

„Zu einer starken Demokratie gehört auch ein lebendiges Vereinsleben. Das Schützenwesen hat in ganz Nordrhein-Westfalen eine lange Tradition und hohe Bedeutung. Es hat mich sehr gefreut, dem Bürgerschützenverein Erle-Middelich 1896 e. V. die Ehrenplakette zum 125-jährigen Jubiläum überreichen zu dürfen!“, freut sich Heike Gebhard.



Fotos: Büro Heike Gebhard MdL

## 25. November = Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen



Der 25. November ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Auch wenn es mehr als erschreckend ist: Noch immer, auch 2021, wird Gewalt gegen Frauen klein geredet oder sogar gänzlich ignoriert. Damit muss Schluss sein!

Wir wollen das #SchweigenBrechen und ein Zeichen gegen Gewalt setzen. Aus diesen Gründen wurden am 25.11. viele Gebäude in #Orange angestrahlt, um auf den Aktionstag aufmerksam zu machen. Damit Betroffene wissen, dass sie nicht alleine sind und geholfen werden kann.

Hier geht's zum #HilfeTelefon <https://bit.ly/3p8hnAv>